

KuSo: Sendung 08.04.2021:

Corona und die sozialen Bewegungen

Von Norbert Seitz

„Das ist schon ein ganz bemerkenswerter Vorgang, dass soziale Bewegungen im Augenblick in der Hand von ihren Feinden sind. Und auch von denen massiv politisch benutzt werden.“ Bedauert Dr. Udo Knapp, als Ex-68er und grüner Pionier langjähriger Aktivist in den sozialen Bewegungen, als es gegen den Vietnam-Krieg, die Notstandsgesetze und später gegen Atomkraftwerke und die NATO-Nachrüstung ging. Heute muss Knapp konzedieren, dass eine disparate Mixtur die Straße beherrscht - aus Virusleugnern, Verschwörungsdenkern, Impfgegnern oder individualistischen Staatshassern aus aller Herren Richtungen.

Enttäuschung über die staatsfrommen Grünen

Schlimmer noch, dass in den Massenprotesten der „Querdenker“ zumindest auf Seiten der anti-autoritär oder anthroposophisch Orientierten auch ein gerüttelt Maß an Enttäuschung über die nur noch als staatsfromm und angepasst wahrgenommenen Grünen zum Ausdruck kommt. Die oppositionelle Ökopartei ducke sich in Pandemiezeiten eher weg als Front zu machen, lautet der Vorwurf. Wie also ist es derzeit um die Mobilität der sozialen Bewegungen von links bestellt? Spricht deren Zurückhaltung für Reife, Opportunismus oder gar Resignation? Udo Knapp: „Für mich ist das eher ein Hinweis auf politische Reife. Und Erschrecken darüber, dass der Ausnahmezustand zur demokratischen Realität gehört, der man sich stellen muss. Die, die auf der Straße kritisch unterwegs sind, die Corona-Leugner, die Verschwörungstheoretiker sind, sind rechtsgesteuerte Verfassungs- und Demokratiefeinde.“

Statt Schwäche oder Opportunismus also vernunftgeleitete Zurückhaltung? Dr. Simon Teune ist an der TU Berlin Protestforscher für die sozialen Bewegungen neueren Datums. Er will diesem Eindruck nicht ganz widersprechen: „Es stimmt, dass sich viele Linke in der ungewohnten Position wiederfanden, dass sie die Maßnahmen der Regierung durchaus sinnvoll fanden, eher noch zu lasch, um tatsächlich einen Knick in die Kurve zu bekommen.“

Demokratische Zivilgesellschaft kann Staat in der Krise nicht ersetzen

Die evidente Beißhemmung der Linken gründet sich aber nicht nur auf Ängste, mit sog. Querdenkern in einen Topf geworfen zu werden. Es gibt noch einen gravierenderen Grund, den der Soziologe Professor Klaus Dörre von der Schiller-Uni in Jena ins Feld führt. „Der Grund ist, dass man ja den Staat braucht für ein wirksames Krisenmanagement. Den kann man in der Pandemiesituation nicht ersetzen, den kann nicht kurzfristig durch einen anderen besseren Staat ersetzen. Man braucht den Staat, weil allein er in der Lage ist, Standards, Regeln, verbindliche Regeln für alle zu formulieren. Das kann man aus der demokratischen Zivilgesellschaft heraus nicht. Und ich tendiere eher zu den Positionen, die da sagen, dass die Pandemie in gewissem Sinne das Beste im bürgerlichen Staat hervorgebracht hat, den Primat von Leben vor Wirtschaft schützen. Dass Primat der Gesundheit vor der Wirtschaft so aufrechterhalten wurde, das halte ich für einen Gewinn.“

Auch wenn Klaus Dörre, Leiter des Projektes „Postwachstumsgesellschaft“, Wachsamkeit gegenüber expandierenden staatlichen Übergriffen anmahnt, so verkneift er sich dennoch die alarmistische Ansicht, mit dem Krisenzustand als Normalitätsmodus steuerten wir möglicherweise auf ein neues, gar autoritäres System zu. „Was man bekämpfen muss, ist die Tendenz, den Ausnahmezustand zur Regel zu machen, also zu einer Art Katastrophenstaat zu kommen, der die Aussetzung von Grundrechten verstetigt.“

So richteten sich die ersten vereinzelt Proteste gegen eine autoritäre Zuspitzung, ehe die Verwaltungsgerichte beim Versuch einer Einschränkung der Versammlungsfreiheit in Aktion traten: „Die linke Position zu Corona ist ja zuerst eine der Solidarität mit besonders betroffenen Gruppen. Wie kann man sicherstellen, dass die nicht infiziert werden, dass Nebeneffekte der Pandemie bestehende Ungleichheiten nicht noch verschärfen. Das ist ja in vielen Punkten der Fall gewesen.“

In Pandemiezeiten agiert Fridays for future nur im Hintergrund

So umschreibt Simon Teune wohlwollend mehr die verbale Positionierung als auffällige Aktionen gegen die staatlichen Maßnahmen. Gleichzeitig wird die Klage laut, dass die Fridays for Future, die derzeit eindrucksvollste Kampagne der neuen sozialen Bewegungen, durch Covid 19 in den Hintergrund geraten

sei. Klaus Dörre: „Entscheidend ist, dass die Pandemie vieles stillgestellt hat, was zuvor eigentlich im Gange war, nehmen wir nur die Klimabewegung Fridays for future. Denen ist durch die Pandemie quasi der Aktionsspielraum genommen worden. Das halte ich für ein sehr viel größeres Problem. Die Unmöglichkeit oppositioneller sozialer Bewegungen, sich gegenwärtig tatsächlich zu positionieren. Das passiert ja nur noch ansatzweise.“ Simon Teune ergänzt: „Die Klimabewegung, Fridays for Future haben ja gleich zu Beginn gesagt: ‘Bekämpft jede Krise’. Und die Erfahrung, dass eine Pandemie zu so tiefgreifenden Veränderungen führen kann, hat für viele auch umso schmerzhafter sichtbar gemacht, dass aber auf eine andere Krise, der Klimakrise über Jahrzehnte, *business as usual* stattfand, dass es eben nicht den Mut der Verantwortlichen gab, zu sagen, die Kosten der Klimakrise sind zu hoch, wir wollen nicht, dass durch Untätigkeit Tausende sterben, also genau das, was jetzt gerade gesagt wird im Kontext der Corona-Krise, denn die Klimakrise ist ja schon jetzt real durch Tote bei Überschwemmungen und Dürre, durch die Knappheit von Wasser und Nahrungsmitteln und den politischen Konflikten, die daraus entstehen.“

Je mehr das Unbehagen an den Lockdowns zunimmt, umso auffälliger die Rat- und Tatenlosigkeit der linken Protestkultur. Doch allmählich mache sich in der Szene eine Stimmung breit, wonach die Politik vom Kopf auf die Füße gestellt und daran gemessen werden müsse, wer von der Pandemie und den Maßnahmen profitiere. Protestforscher Simon Teune nennt ein Beispiel, das gleichsam als eine Art Probelauf für perspektivisches Krisenmanagement dienen soll: „Da gab es den Aufruf „Zero Covid“, der genau diese Perspektive verfolgt hat. Die Idee ist, wir nehmen die Idee von Lockdown ernst und das heißt dann eben auch, die Industrieproduktion für ein paar Wochen still zu stellen, das heißt dann eben auch niemand zur Arbeit geht, der oder die nicht unbedingt zur Aufrechterhaltung einer Notversorgung nötig ist. Und >Zero Covid< war eben auch eine Perspektive, die nicht an nationalen Grenzen Halt macht, sondern zum Beispiel auch Impfstoffe zu einem globalen Gemeingut macht.“

Schon länger währende Antriebsschwäche der sozialen Bewegungen

Für den Soziologen Prof. Stephan Lessenich, demnächst Direktor am Institut für Sozialforschung der Uni Frankfurt, sind solche rasch versandeten Aktionen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Er beobachtet eine schon länger währende Antriebsschwäche der sozialen Bewegungen. „Das war ja vor drei, vier, fünf

Jahren während der sogenannten Flüchtlingskrise nicht groß anders. Viele zivilgesellschaftliche Hilfspraktiken, aber keine wirkliche Wahrnehmbarkeit eines linken Diskurses, also jenseits von Abwehrdiskursen: ‚Wir müssen das Asylrecht schützen‘ oder ‚Wir müssen die Leute aus dem Mittelmeer fischen‘. Aber wirklich linke Positionen zu einer veränderten Form des Migrationsregimes, die sind auch nicht in das Zentrum des öffentlichen Diskurses geraten. Und nicht viel anders ist es heute.“

Doch der Unmut in intellektuellen Milieus über die lendenlahme Linke in Zeiten nicht enden wollender Lockdowns nimmt zu. Der Historiker Dr. René Schlott vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam tritt seit Beginn des ersten Shutdowns als einer der schärfsten Kritiker in Erscheinung. Er witterte anfangs hinter den restriktiven Maßnahmen sogar eine Art „Drehbuch für eine rechtspopulistische Machtübernahme. „Die Sorge, die ich von Anfang hatte, ist, dass die Grundrechte zwar ziemlich schnell eingeschränkt werden, aber dass es sehr lange dauert, bis die wieder voll in Kraft treten. Ich weiß nicht genau, ob wir wirklich zum Status quo ante Corona wieder zurückkehren werden eines Tages.“

„Die werden schon wieder auf der Straße sein“

Viel Aufregung und kaum Perspektiven angesichts der Gefahren für unser Gesundheitssystem. Weshalb Prof. Ute Frevert, Emotionsforscherin vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, allzu vollmundige Kritiker zur Mäßigung mahnt. „Wir sollten Kritik üben. Wir sollten unsere Politiker auch zur Rechenschaft ziehen, das ist unser gutes Recht als Bürgerin in einer Demokratie. Aber wir müssen auch die Kirche im Dorf lassen und dürfen nicht in die entgegengesetzte Richtung verfallen, dauernd nur Stammtischparolen zu grölen.“

Auch Ex-Aktivist Udo Knapp warnt vor blanker Hysterie, selbst wenn das Krisenmanagement der Regierenden inzwischen mehr als Chaos als Orientierung gestiftet hat. Der Bewegungsexperte bleibt verhalten optimistisch. Die Auszeit, die sich die sozialen Bewegungen von links während der Pandemie genommen hätten, stellt für ihn kein sklerotisches Signal, sondern nur eine vorübergehende Erscheinung dar: „Die werden schon bei den richtigen Themen wieder auf der Straße sein, zumal mittlerweile das keine Jugendbewegung mehr ist, sondern das ist eine ganze Generation. Das ist deren Leben. Die Chancen, mit dem

entsprechenden öffentlichen Rückhalt, auch bei den sozialen Bewegungen, die Klimakrise zu bewältigen, sind riesig.“